

Niedersachsen kompakt

HANNOVER

Linke: Aids-Vorsorge auch im Gefängnis

Die Linken im Landtag haben anlässlich des Welt-Aids-Tages die Ausgabe steriler Spritzen an drogenabhängige Inhaftierte gefordert. „Die Landesregierung verfährt nach dem Motto „was nicht sein kann, das nicht sein darf“: Es wird einfach so getan, als gebe es kein Infektionsrisiko durch verunreinigte Spritzen beim Drogenkonsum der Häftlinge“, sagte der sozialpolitische Sprecher der Linksfraktion, Patrick Humke-Focks. Dieses Verhalten sei mehr als fahrlässig. (Ini)

BRAUNLAGE

Neuer Wanderweg im Nationalpark

Im Oberharz entsteht ein beispielhafter Wanderweg zum Thema „Mythos Natur“. Er ist fünf Kilometer lang und führt um den Silberteich bei Braunlage. An zehn Stationen sollen Besucher mit Natur-Mythen vom Wolf, vom Wald oder vom Wasser herangeführt werden, sagte eine Sprecherin des Nationalparks Harz, der das Projekt zusammen mit dem Bildungswerk niedersächsischer Volkshochschulen betreut. Gefördert wird der 180 000 Euro teure Mythenweg unter anderem aus dem Topf „Natur erleben“ des Umweltministeriums. Seine Fertigstellung ist für den Herbst 2011 geplant. (Ini)

HEM Moor

Vom Zug erfasst: 80-jähriger stirbt

Ein Zug hat in Hemmoor (Kreis Cuxhaven) einen 80 Jahre alten Mann auf den Gleisen erfasst und tödlich verletzt. Der Stader hatte nach ersten Ermittlungen der Polizei am Montag nach Berlin fahren wollen, war aber in den falschen Zug gestiegen. Vermutlich wollte er in Hemmoor umsteigen, verirrte sich und gelangte über eine Böschung auf das Gleisbett. Der Zugführer versuchte vergeblich, mit einer Notbremsung den Zusammenstoß zu verhindern. Das Zugpersonal erlitt bei dem Unfall einen Schock. Die 50 Fahrgäste blieben unverletzt, wie die Polizei am Dienstag mitteilte. (Ini)

LEER

Toiletten in Zügen wegen Frosts dicht

Wegen des frostigen Wetters sind in den Zügen von Leer nach Groningen die Toiletten abgesperrt worden. Bei den niedrigen Temperaturen sei das Auffüllen von Spülwasser sowie das Reinigen der Toiletten nicht möglich, teilte das private Bahnunternehmen Arriva am Dienstag mit. Bis auf weiteres müssen die Reisenden in dem grenzüberschreitenden Regionalzug auf die Toiletten verzichten. (Ini)

Wussten Sie,

... dass immer mehr Niederländer in Niedersachsen leben und arbeiten? Ende des Jahres 2009 lebten 28 903 Niederländer in Niedersachsen. Wie der Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie mitteilt, hat sich seit dem Jahr 2000 diese Zahl nahezu verdoppelt. Dadurch stellten die Niederländer 2009 rund 6,4 Prozent aller registrierten Ausländer in Niedersachsen. (Ini)

So erreichen Sie die
Regionredaktion:
Göran Gehlen
Telefon: 0551 / 79 779 11
goettingen@hna.de



Stromleitungen im Morgenlicht: Weil die Konzessionsverträge auslaufen, haben Kommunen die Chance, die Energieversorgung selbst zu gestalten. Nun machen sich auch Grüne im Raum Göttingen und Nordhessen für die Idee stark. Foto: dpa

Netz soll in eigene Hand

Grüne aus Südniedersachsen wollen Rekommunalisierung der Energieversorgung

VON HANS-PETER NIESEN

GÖTTINGEN. Der Trend der Rekommunalisierung der Energieversorgung ist deutschlandweit verstärkt seit zwei Jahren zu beobachten. Jetzt wollen die Grünen in den Gemeinden Rosdorf, Friedland, Adelebsen, Gleichen und der hessischen Gemeinde Neu-Eichenberg mit zusammen mehr als 40 000 Einwohnern auf diesen Zug aufspringen. „Das Geld, das die E.ON verdient, kann in unseren Gemeinden bleiben“, sagte der Neu-Eichenberger Fraktionsvorsitzende Karl-Heinz Riechel in Göttingen.

Die Grünen versprechen sich jedoch nicht nur erhebliche Verdienstmöglichkeiten für die klammen Kommunen sondern auch weitere positive Effekte: „Wir erwarten ein gewisses Primat der Erneuerbaren Energie, eine größere Energieeffizienz, die schnelle Umsetzung technischer Neuerungen, eine größere Kunden- und Einfluss auf die Preisgestaltung von Strom und Gas“, sagten die Friedlän-

der Fraktionsvorsitzende Ute Haferburg und ihre Kolleginnen aus Rosdorf, Uschi Barking, und aus Gleichen, Vera Oesterle.

In welcher Form die Rekommunalisierung stattfinden soll, ließ die grünen Fraktionsvorsitzenden offen. „Wir können uns verschiedene Modelle vorstellen: Gemeindeübergreifende Stadtwerke alleine oder mit einem Partner, ein Pachtmodell oder die Konzessionierung anderer Stadtwerke.“

E.ON erwägt Partnermodell

Möglich wird eine Rekommunalisierung durch das Auslaufen der Konzessionsverträge mit der Kasseler E.ON Mitte AG, die sich in Südniedersachsen und Nordhessen den Markt gesichert hatte. Nach den bisherigen Verträgen zahlte E.ON den Gemeinden ein Entgelt für die Nutzung

der Energieversorgungswege. Im Falle von Neu Eichenberg ist dies nach den Worten von Karl-Heinz Riechel eine Summe von jährlich etwa 50 000 bis 60 000 Euro. „Wir stehen nicht unter Druck, sondern können alle Optionen für eine Rückholung der Energieversorgung in Gemeindehände in Ruhe überprüfen“, sagte Ute Haferburg.

Notfalls könnten die Gemeinde nach Ablauf der Konzessionsverträge kurzfristige Verlängerungen abschließen. Auch E.ON habe bereits Interesse an Partnermodellen signalisiert. Sie bedauerte, dass sich viele Gemeinden noch nicht ausreichend über die Chancen der Rekommunalisierung und auch ihrer Risiken informiert hätten.

Am 14. Dezember wollen der Deutsche Städte- und Gemeindebund sowie der Verband Kommunaler Unternehmen Deutschlands (VKU) den Verwaltungsausschussmitgliedern von Rosdorf, Friedland und Gleichen die verschiedenen Modelle der Rekommunalisierung erläutern. Foto: Niesen



Ute Haferburg

HINTERGRUND

Verträge laufen bald aus

Seit 2007 wurden nach Angaben des Verbandes Kommunaler Unternehmen (VKU) in Berlin in Deutschland mindestens 37 neue Stadtwerke gegründet und über 100 Konzessionsverträge von seiten der Stadtwerke neu gewonnen.

In Deutschland gibt es derzeit etwa 20 000 Konzessionsverträge. Rund 2000 davon laufen in den nächsten Jahren aus, darunter auch einige in südniedersächsischen Städten und Gemeinden wie Hann. Münden und Dransfeld.

Die Kommunen haben die Möglichkeit, ihre Energieversorgung neu zu organisieren und durch die möglichen Gewinne beispielsweise defizitäre Einrichtungen querzufinanzieren. (zhp)

Polizisten sind oft frustriert

Kriminologe Pfeiffer: Beamte fühlen sich als „Prügelknaben der Nation“

HANNOVER. Immer mehr Polizisten fühlen sich einer Studie zufolge als „Prügelknaben der Nation“. Besonders bei Demonstrationen hätten Polizeibeamte das Gefühl, Versäumnisse der Politik ausbaden zu müssen, sagte der Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN), Christian Pfeiffer, in Hannover.

Das KFN hatte rund 21 000 Polizisten aus zehn Bundesländern zu unterschiedlichen Aspekten befragt. Pfeiffer stellte am Dienstag die Ergebnisse von 2600 befragten Beamten vor, die im Einsatz verletzt wurden und mindestens einen Tag dienstunfähig waren.

Häufig werden Polizisten auch von Menschen mit Migrationshintergrund angegriffen. Rund 40 Prozent der Täter haben der Studie zufolge ausländische Wurzeln, in Großstädten sind es 52 Prozent. Müssen Polizeibeamte einen Verdächtigen in seinen eige-



Stellten Zwischenbericht vor: der Leiter des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN), Christian Pfeiffer, und Minister Uwe Schünemann (CDU, rechts). Foto: dpa

nen vier Wänden im Beisein von Verwandten und Freunden festnehmen, werden sie noch häufiger angegriffen. Dann sind sieben von zehn Tätern nichtdeutscher Herkunft. Es könne nicht sein, dass sich Gruppen ihre eigenen Regeln schaffen und sich außerhalb des Rechtsstaates stellen, sagte der Bundesvorsitzende

der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bernhard Witthaut. „Die Polizei kann die offensichtlichen Fehler der Integrationspolitik nicht ausbügeln, und sie will nicht mehr länger den Kopf dafür hinhalten.“

Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann (CDU) betonte, dass Angriffe auf Polizisten härter als bisher

bestraft werden müssten. „Die bisherige Höchststrafe von zwei Jahren ist bei Übergriffen auf Polizisten nicht mehr ausreichend und muss auf drei Jahre erhöht werden“. Ein Gesetzesentwurf liege dem Bundestag vor. „Es geht um die Achtung der Polizei und das Gewaltmonopol des Staates“, betonte Schünemann.

Bei den befragten Polizisten sei aber auch der Frust über die deutsche Justiz groß, betonte der Leiter der Studie, Christian Pfeiffer. „Die Mehrheit der Beamten kann nicht nachvollziehen, dass fast jedes dritte Strafverfahren gegen die Täter eingestellt wird oder die Strafe zu milde ist.“

Niedersachsens Innenminister Schünemann will sich in diesem Zusammenhang für eine bessere Dokumentation der Übergriffe beispielsweise per Videoaufnahmen stark machen. „So könnten klare Beweise gesichert und den Gerichten präsentiert werden.“ (Ini)

Telekom schließt Verteiler an

Schnelleres Internet für Südniedersachsen

AUHAGEN. Der erste Verteilerpunkt für das Hochgeschwindigkeits-Internet im südlichen Niedersachsen ist seit Anfang dieser Woche im Landkreis Schaumburg am Netz. Die Anlage in Auhagen-Düdinghausen ist Teil des sogenannten Breitband-Clusters in der Region, wie die Telekom mitteilte. Sie hatte den Verteiler am Montag in Betrieb genommen.

Das Unternehmen kündigte an, im Zuge seines Ausbauprogramms bis Ende kommenden Jahres 56 000 Kunden mit Breitband-Zugängen zu versorgen. Die Telekom hatte im Mai und November Ausschreibungen des Landes für den Anschluss des Breitband-Clusters Niedersachsens-Süd gewonnen.

Geplant sind Investitionen von 19 Millionen Euro, vom Land selbst kommen zehn Millionen Euro. Zum Cluster 3 gehören die Landkreise Schaumburg, Goslar, Hameln-Pyrmont, Osterode, Göttingen, Northeim und Holzminden. Ende Oktober startete die Telekom in Harsefeld (Kreis Stade) ihre landesweit erste Destation für den neuen Mobilfunk-Standard LTE. (Ini)

Schulstreit geht weiter

HANNOVER. Die Diskussion über die künftige Schulstruktur in Niedersachsen dauert an. Vertreter der Opposition und der Kommunalverbände kritisierten nach einem zweiten Bildungsgipfel am Dienstag in Hannover das Festhalten der Landesregierung an hohen Hürden für die Gründung neuer Gesamtschulen.

Kultusminister Bernd Althausmann (CDU) wolle von der Fünfzügigkeit bei der Gründung neuer integrierter Gesamtschulen grundsätzlich nicht abrücken. Die Schulpolitik droht somit zum Thema im Landtags- und Kommunalwahlkampf zu werden. (Ini)

Broschüre lässt Blinde Relief im Dom ertasten

HILDESHEIM. Broschüren in Braille-Schrift sollen Blinden künftig beim Besuch des Hildesheimer Doms helfen. Auf den Broschüren könnten Blinde ein Relief der Christussäule des Bischofs Bernward und des Taufbeckens des Wilbernus ertasten, teilte das Bistum am Dienstag mit.

Außerdem gebe es in Blindenschrift Informationen zu den beiden kirchlichen Kunstobjekten. Das Bistum sei nach Köln das zweite, das ein solches Angebot geschaffen habe, hieß es. Der Dom gehört zum Unesco-Weltkulturerbe und wird zum 1200-jährigen Bistumsjubiläum 2015 grundlegend saniert. (Ini)



Für Sehbehinderte: Broschüren mit Braille-Schrift. Foto: dpa